

I - 7

LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN

Ausschußprotokoll **10/772**

10. Wahlperiode

26.11.1987
ni-ro

Ausschuß für Wissenschaft und Forschung

Protokoll

30. Sitzung (nicht öffentlich)

26. November 1987

Düsseldorf - Haus des Landtags

9.00 bis 9.30

Vorsitzender: Abg. Schultz-Tornau (F.D.P.)

Stenographin: Niemeyer

Tagesordnungspunkt und Ergebnis

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes
Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1988
(Haushaltsgesetz 1988)

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksachen 10/2250 und 10/2530

Vorlagen 10/1161, 10/1192, 10/1251 und 10/1333

Einzelplan 06 - Minister für Wissenschaft und Forschung
- Abstimmung über Anträge und Beschlußfassung

Zu den Beschlüssen wird auf Vorlage 10/1312 verwiesen.

Ausschuß für Wissenschaft und Forschung
30. Sitzung

26.11.1987
ni-ro

Aus der Diskussion

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes
Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1988
(Haushaltsgesetz 1988)

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksachen 10/2250 und 10/2530

Vorlagen 10/1161, 10/1192, 10/1251 und 10/1333

Einzelplan 06 - Minister für Wissenschaft und Forschung
- Abstimmung über Anträge und Beschlußfassung

Auf Diskussionsbeiträge wird in diesem Protokoll nur insoweit eingegangen, als sie über das in Vorlage 10/1312 Wiedergegebene hinausreichen.

Alle Hochschulkapitel (s. Vorlage 10/1312, S. 22)

Nach Meinung der SPD könnten, so Abg. Kniola (SPD), um die Einnahmen der Hochschulbibliotheken zu erhöhen, nicht die Strafgebühren für die Benutzer angehoben werden. Vielmehr erbrächten die Bibliotheken auch Serviceleistungen. Die daraus anfallenden Erträge sollten den Hochschulbibliotheken zufließen.

Kap. 06 020 - Allgemeine Bewilligungen

hier: Titelgruppe 65 - Ausgaben für Maßnahmen der Konzentration und Neuordnung von Studiengängen/Studienangeboten (s. Vorlage 10/1312, S. 6 f.)

Abg. Dr. Posdorf (CDU) warnt mit Blick auf die an vier Stellen etablierte Sinologie davor, sich bei der Verteilung der zur Verfügung stehenden Stellen jetzt und in der Zukunft zu verzetteln.

Abg. Kniola (SPD) schlägt vor, sich einmal über die verschiedenen Regionalstudiengänge, insbesondere den ostasiatischen Raum betreffend, umfassend zu informieren.

Ausschuß für Wissenschaft und Forschung
30. Sitzung

26.11.1987
ni-ro

Ministerialdirigent Dr. Danco (Ministerium für Wissenschaft und Forschung) erläutert, die bei Kap. 06 151 - Ruhr-Universität Bochum neu hinzukommende Stelle eines Akademischen Rates der Besoldungsgruppe A 13 sei am Lehrstuhl von Prof. Dr. Ipsen angesiedelt.

Kap. 06 030 - Allgemeine überregionale Finanzierungen
hier: Titelgruppe 70 - Zuschüsse für die Gründung neuer Forschungseinrichtungen in Nordrhein-Westfalen (s. Vorlage 10/1312, S. 18/19)

Abg. Kniola (SPD) macht deutlich, daß die beantragte Änderung zu Tit. 893 70 - Zuschüsse für Investitionen - nicht eine generelle Ablehnung der bemannten Raumfahrt dokumentieren solle, sondern einzig und allein mit der noch ausstehenden Entscheidung des Bundes über den Standort einer Deutschen Raumfahrtagentur zusammenhänge. Die Fraktion halte es nicht für sachgerecht, tätigte man erhebliche Ausgaben für ein Trainingszentrum für Astronauten, ein anderes Bundesland aber in den Genuß der DARA käme. Es handele sich also um die Ausbringung eines "standortbezogenen" Sperrvermerks.

Kap. 06 040 - Forschungsförderung

Der Antrag, einen Tit. 685 46 - Zuschuß an die Kooperationsstelle Hochschule/Gewerkschaften in Dortmund - neu - einzurichten (s. Vorlage 10/1312, S. 19/20), beruhe darauf, daß ein entsprechender, in vier Bundesländern durchgeführter Modellversuch auslaufe. 1987 habe man Überbrückungszahlungen aus dem Feuerwehrfonds bereitgestellt; 1988 solle eine Institutionalisierung des Projektes erfolgen.

Die zur Deckung vorgenommene Kürzung bei Tit. 685 51 - Beihilfen zur Förderung der Forschung - glaube man durch einen Zufließvermerk wieder auffangen zu können.

Die CDU-Fraktion stimme, wenn auch mit einiger Skepsis, so doch aus sachlichen Erwägungen heraus dem Antrag zu, teilt Abg. Dr. Posdorf (CDU) mit.

Ausschuß für Wissenschaft und Forschung
30. Sitzung

26.11.1987
ni-ro

Kap. 06 082 - Landesinstitut Sozialforschungsstelle Dortmund (s. Vorlage 10/1312, S. 7/8)

Das Institut verfüge, so Abg. Kniola (SPD), über einen erheblich größeren Personalhaushalt als aus dem Haushaltsplan des Landes sichtbar werde, denn es seien dort zusätzlich aus Drittmitteln finanzierte Dauerstellen eingerichtet worden. Deshalb erscheine es angesichts des gleichzeitig höheren Verwaltungsaufwandes gerechtfertigt, die Stelle eines stellvertretenden Leiters auszuschreiben.

Kap. 06 260 - Fernuniversität - Gesamthochschule - in Hagen (s. Vorlage 10/1312, S. 9/10)

Grundsätzlich stört Abg. Dr. Fischer (CDU) nicht, daß die Stellen der an der Fernuniversität Hagen wie in ganz Nordrhein-Westfalen stark unterbesetzten Informatik zur Verfügung gestellt würden, doch lasse es Fingerspitzengefühl vermissen, schon jetzt mit der Demontage der Fachhochschule Hagen zu beginnen, selbst wenn man darauf hinweisen könnte, daß diese Stellen bei der Fachhochschule Hagen gar nicht besetzt seien.

Frau Brunn, Ministerin für Wissenschaft und Forschung, macht darauf aufmerksam, daß die Alternative die ersatzlose Streichung der Stellen wäre, denn an der Fachhochschule könnten sie wegen der starken kapazitätsmäßigen Unterauslastung des betreffenden Bereiches nie wieder besetzt werden.

Abg. Kniola (SPD) hat nach seinen Angaben auch bei öffentlichen Diskussionen nie einen Hehl daraus gemacht, daß die Operation in Hagen auf eine Verminderung der Ressourcen bei der Fachhochschule zugunsten der Fernuniversität hinauslaufe. Er halte es auch psychologisch für richtig zu verdeutlichen, daß die dort vorhandenen Ressourcen nicht irgendwo im Lande verteilt würden, sondern am Standort Hagen verblieben. Insofern scheine ihm das Anliegen des Antrages sachgerecht. Im Übrigen sei Gefahr im Verzuge, denn der von den Stellen profitierende Professor stehe in Berufungsverhandlungen mit anderen Hochschulen, die ihm attraktive Angebote unterbreiteten.

Wer für den Erhalt der Fachhochschule Hagen eintrete, könne dem so nicht zustimmen, argumentiert Abg. Dr. Fischer (CDU).